



Detailansicht des Registereintrags

Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt e. V.

Aktuell seit 12.08.2025 14:06:12

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003230
Ersteintrag:	09.03.2022
Letzte Änderung:	12.08.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Michaelkirchstraße 17/18 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930259272850 E-Mail-Adressen: info@bundesjugendwerk.de Webseiten: <u>www.bundesjugendwerk.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,40

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Katharina Zejewski**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
2. **Sophie Friederike Schmitz**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
3. **Sarina Brauer**
Funktion: Geschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Meike Rausch**
2. **Jeannette Jung**
3. **Maren Lechtenberg**
4. **Katharina Zejewski**
5. **Sophie Friederike Schmitz**
6. **Sarina Brauer**

Gesamtzahl der Mitglieder:

28 Mitglieder am 26.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. Deutscher Bundesjugendring e.V. (DBJR)
2. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V. (AGJ)
3. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)
4. National Coalition Deutschland Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e. V.
5. AWO International e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Diversitätspolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Religion/Weltanschauung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Grundsicherung; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt e. V. engagiert sich als Interessenvertretung für die Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Bundesebene. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Förderung von Jugendpolitik, Bildung, sozialer Teilhabe und ehrenamtlichem Engagement, mit dem Ziel, die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen in diesen Bereichen nachhaltig zu verbessern.

Die Interessenvertretung des Bundesjugendwerks erfolgt unter anderem durch die sorgfältige Erstellung und Einreichung schriftlicher Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen sowie durch die Ausarbeitung von Positionspapieren, in denen gezielte Handlungsempfehlungen und Aufforderungen an politische Entscheidungsträger*innen formuliert werden. Darüber hinaus engagiert sich das Bundesjugendwerk auch in der Organisation und Durchführung öffentlicher Kampagnen und Fachveranstaltungen, um gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erzeugen, den Dialog zwischen Jugendwerken und politischen Akteur*innen zu fördern sowie den politischen Willensbildungsprozess nachhaltig zu beeinflussen.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland

Beschreibung:

Eine Kindergrundsicherung muss so ausgestaltet sein, dass das Wohlergehen von Kindern nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Diese soll armutsfest sein und alle Kinder und Jugendlichen unterstützen. Es ist notwendig, kindbezogene Leistungen zu bündeln und eine unbürokratische Auszahlung durch eine zentrale Stelle sicherzustellen. Die Kindergrundsicherung soll direkt den Kindern zustehen, um ihre finanzielle Unabhängigkeit zu gewährleisten und Anrechnungen auf elterliche Ansprüche zu vermeiden. Sie muss existenzsichernd und altersgerecht bemessen sein, unabhängig von Haushaltslagen. Kinder, Jugendliche und Jugendverbände sollen bei der Ausgestaltung ein Mitspracherecht haben. Das soziokulturelle Existenzminimum soll neu definiert werden, um gleiche Chancen für alle Kinder zu sichern.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9092 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Grundsicherung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

2. Reform der Schuldenbremse

Beschreibung:

Wir befinden uns in einer Zeit wirtschaftlicher Herausforderungen und wachsender sozialer Ungleichheit. Deswegen muss der Staat gezielte Investitionen tätigen. Nur so kann er zum Wohle aller die Grundlagen für eine nachhaltige Zukunft schaffen. Statt Sparpolitik braucht

es daher vielmehr eine Reform der Schuldenbremse und ein starkes und gerechtes Steuer- und Finanzsystem, das auf demokratische und transparente Weise für gerechte Umverteilung sorgt und durch die Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen das Gemeinwohl stärkt.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410230009 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. **Jugenderessen im Koalitionsvertrag 2025 verankern**

Beschreibung:

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen 2025 setzt sich das Bundesjugendwerk der AWO dafür ein, zentrale jugendpolitische Anliegen im Koalitionsvertrag zu verankern. Ziel ist es, die Lebensrealität junger Menschen stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und strukturelle Verbesserungen für Jugendverbände, Freiwilligendienste und offene Jugendarbeit zu erreichen. Die Interessenvertretung zielt auf folgende Regelungsbereiche ab: Bekämpfung der Kinderarmut, Reformierung der Schuldenbremse, Verstetigung und Ausbau der Finanzierung von Freiwilligendiensten, Jugendverbände mit dem Kinder- und Jugendplan (KJP) stärken, Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz, Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und wirksamen Klimaschutz sozial gerecht ausgestalten.

Betroffenes geltendes Recht:

BWahlG [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]; BFDG [alle RV hierzu]; KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504170013 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Die jungen Menschen, die sich ehrenamtlich mit Themen der Klimapolitik beschäftigen, sollen die Möglichkeit bekommen, sich auszutauschen, sich untereinander stärker zu vernetzen und durch gezielte fachliche externe Wissensvermittlung befähigt zu werden.

Die Koordinierungsstelle ist die zentrale kommunikative und organisatorische Stelle für die beteiligten Jugendverbände und -organisationen. Im Mittelpunkt steht die inhaltliche und administrative Planung und Durchführung verschiedener Veranstaltungsformate: Arbeits- und Austauschtreffen mit Mitarbeitenden des BMWK sowohl auf Entscheidungs- als auch Arbeitsebene, 30-Minuten-Briefings zu verschiedenen Klimaschutzthemen sowie Vernetzungs- und Austauschtreffen zwischen den beteiligten Jugendverbänden und -organisationen.

Interessenbereiche: Kinder- und Jugendpolitik, Klimaschutz

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
0 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (1):

Betraute Personen (1):

- 1. Sarina Brauer**
Funktion: Geschäftsführerin

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

- 1. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin, Bonn

Betrag: 440.001 bis 450.000 Euro

Förderung nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

100.001 bis 110.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **AWO Bundesverband e.V., Berlin**

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Zuschuss zur Förderung des Bundesjugendwerks als Teil der satzungsgemäßen Verwirklichung der gemeinnützigen und mildtätigen Zwecke des AWO Bundesverbandes e. V.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[20548-Bundesjugendwerk-der-AWO-e-V-Kurzabschluss-2023.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[anlage_1_jw_leitsatze_.pdf](#)